

Das
Lahnsteiner Tageblatt
erschint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage
—
Bezugspreis
jezt ins Haus 2.50 M.
monatlich, bei der Post
abgeholt 2.85 M.
—
Anzeigenpreis
die einspaltige Nonpareil-
zeile 30 Pfg., für Anzeigen
außerhalb des Kreises 40
Pfg., Reklamen die zehnpaltige
Nonpareilzeile 1 M. Die
Verhältnisse in entsprechen-
dem Maßstab.

Lahnsteiner Tageblatt

Seit 1863

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

Seit 1863

Ämtliches Kreisblatt

Einziges ämtliches Veröffentlichungsblatt
ämlicher Behörden und Ämter des Kreises



Allgemeiner Anzeiger

für das Gebiet an der unteren Lahn bis
zum Rheingau und den westlichen Taunus.

Abonnements und Anzeigen

werden entgegengenommen
in Oberlahnstein in der
Geschäftsstelle der Lahn-
steiner Zeitung sowie bei den Agenturen
in Braubach, Dachsen-
hausen, Olfersbach, Camp,
Kellert, St. Goarshausen,
Lahn, Bornich, Weisbach,
Miehlen, Nassau, Nie-
vern, außerdem nehmen
sämtliche Boten und Post-
anstalten Bestellungen
entgegen.

Gonderbündelei und Französlerei.

Von Herrn Bürgermeister Rody erhielten wir nachstehende Ausführungen mit der Bitte um Veröffentlichung zugewandt. Wir geben den Aufsatz unverändert wieder und bringen ihn um so lieber, da, abgesehen von dem Grundsatz der Unparteilichkeit: audiat et altera pars!, nun jeder Leser aus erster Hand sich informieren kann über den Zusammenhang der rheinischen Selbständigkeitsbewegung mit den Franzosen. Interessant ist es vor allem aus dem Aufsatz zu erfahren, wie gut die Verfechter der rheinischen Republik über die Wünsche und Ziele der Franzosen bezüglich der innerpolitischen Ausgestaltung und Verfassung des deutschen Reiches unterrichtet sind. Es müßte zumindest sehr sonderbar ankommen, wenn der Verfasser im Nachhinein davon spricht, daß „das eine Lager (in Frankreich) den Einheitsstaat für Deutschland verlangt“. Wir glauben bisher immer, daß die Entente sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen hätte, zumal sie dies öfter auch ausdrücklich in diesem Sinne sich ausgesprochen hat. „Das andere Lager“, so heißt es weiter, „denkt sich Deutschland als Bundesstaat, in dem Preußen nicht mehr den Resten beherrscht, so daß eine innerstaatliche Umgestaltung notwendig wird.“ Wir müssen uns leider verweigern, hierzu Stellung zu nehmen, können aber nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß es der Verfasser dennoch, für möglich hält, daß der eine oder andere feindliche Claqueur sich glaubt, den Aufschlag der bekannten Proklamation „fordern“ zu müssen und dabei nach der Art der Entente, wie sie in der Auslieferungssache im schärfsten Licht sich zeigt, glaubt, weiteren deutschen Offizieren in Frankreich und Belgien an die Ehre geben zu dürfen. In Frankreich wäre eine derartige Beschuldigung der eigenen Landesleute unter solchen Umständen einfach unmöglich. „Es ist eine leidige Eigenschaft der Deutschen“, könnte man in einer Variante zu den Worten des Verfassers sagen, „sich selbst dem Ausland gegenüber immer auf neue ungeschuldigen und im Grunde klumpen und Parteilichkeit zu verweisen. In diesem Sinne schließen wir mit den eigenen Worten des Verfassers: „Die Haltung vor uns als Deutsche sollte uns davor bewahren, uns zur Freude unserer wackeligen Feinde selbst zu zerstreuen und unser Deutschland zur Karikatur zu machen.“

Das Schreiben des Herrn Rody hat folgenden Wortlaut:

Es ist einer der bestbelegten Vorwürfe, den man den Verfechtern der rheinischen Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches macht, daß man ihnen unterstellt, sie besorgten die politischen Geschäfte der Franzosen. Der Vorwurf ist auch wohl der einzige, der auf die Menge der Bevölkerung einigen Eindruck zu machen vermag und er verleiht sich deshalb, weil die Freunde der rheinischen Selbständigkeit unter den gegebenen Verhältnissen nicht in der Lage sind, dem so entgegenzutreten, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Im unbesetzten Deutschland hindert eine streng durchgeführte Zensur die Verteidigung der Rheinlandsfreunde. Auch im besetzten Gebiete selbst wirkt diese Zensur nach und dann legen die Verhältnisse eine natürliche Beschränkung in der freien Meinungsäußerung auf.

Der Politiker, der die Gebankengänge in Frankreich aufrichtig zu ergreifen sich bemüht, muß feststellen, daß diejenigen Kreise, die sich in Frankreich mit dem inneren Ausbau Deutschlands beschäftigen, in zwei Lager geteilt sind.

Das eine Lager verlangt den Einheitsstaat für Deutschland, weil ein Einheitsstaat Deutschland am leichtesten und einfachsten die Durchführung des Friedensvertrages, der doch auch die Befreiung Frankreichs bedeutet, ermöglicht. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Deutschland im Einheitsstaat sich am besten entwickeln kann, sondern für diese französischen Politiker ist der wichtigste Gesichtspunkt, ob Frankreich sich auf Deutschland verlassen kann. Zwei- tens wünschen diese Politiker aber den Einheitsstaat auch, weil sie wissen, daß durch die Durchführung des deutschen Einheitsstaates durch die Entwurzelung des so kräftigen Stammeslebens in den deutschen Bundesstaaten, Deutschlands Schmach nicht beseitigt bleibt und deshalb eine künftige Gefahr für Frankreich ferner besteht.

Das andere Lager in Frankreich glaubt ein Interesse daran zu haben, als Nachbar einen innerlich kräftigen Staat zu haben, der nicht der Spielball weltumherschweifender Bewegungen ist, der nicht nur für die nächste Zeit Ausbeuteobjekt für Frankreich darstellt, sondern der auch für die Zukunft Frankreichs die Gewähr bietet, als schaffender, gesunder Wirtschaftsfaktor Frankreich nützen zu können; „nützen“ ist sehr gut ausgedrückt. D. Red.) und weil Deutschlands Kraft in seinen Stämmen, in seinen kräftigen Wurzeln liegt, deshalb wünscht dieses Lager sich das benachbarte Deutschland als Bundesstaat unter Beseitigung des ihnen so verdächtigten Nachlans in Deutschland, des „offiziellen Junkers“. Dieses Lager denkt sich also Deutschland als Bundesstaat, in dem Preußen nicht mehr den Resten beherrscht, so daß eine innerstaatliche Umgestaltung notwendig wird.

Es ist richtig, daß die Ideen dieses Lagers der Franzosen sich in einigen Absätzen mit den Ideen der Freunde der rheinischen Bewegung begegnen. Aber es ist ebenso falsch, deshalb den Rheinländern vorzuwerfen, sie propagierten französische Ideen, wie es falsch wäre, wenn die Rheinländer den Einheitsstaatslern vorwerfen würden, sie besorgten französische Geschäfte.

Die Ideen sind vollkommen unabhängig voneinander geboren. Sie gehen von ganz verschiedenen Beweggründen aus und sind auch in ihrem letzten Ziel wohl durchaus voneinander verschieden. Aber wäre es nicht, eine Idee, die noch tiefer inneren Überzeugung für die deutsche Entwicklung gut ist, deswegen zu unterstützen, weil einige Franzosen, ich füge noch einmal ein, unter dem Widerspruch eines Teiles ihrer Volksgenossen, einen ähnlichen Gedanken gefaßt haben. (Welch ein Zufall! D. R.) Das wird keiner behaupten wollen, und deshalb hat niemand das Recht, den Freunden der rheinischen Bewegung unterzuschreiben, sie besorgten die französischen Geschäfte.

Die Anhänger der rheinischen Bewegung glauben zur Bekräftigung ihrer Entschuldigungen ausführen zu müssen, daß die Anhänger der rheinischen Idee durch die Antipathie der französischen Befragung für die Propaganda ihrer Idee in eine ganz besondere günstige Lage versetzt seien. Ich wage dem mit aller Entschiedenheit zu entgegen, daß das gerade Gegenteil richtig ist. Der rheinischen Bewegung hat nichts so sehr geschadet, wie die Antipathie der französischen Befragung, denn sie hat in den Augen der verhetzten Kreise der übrigen Deutschen dem Vorwurf gemeinsamer Arbeit mit den Franzosen den Schein einer Vertuschung gegeben. Wer nach Tatsachen fragt, wird immer zuerst auf die Proklamation der rheinischen Republik am 1. Juni 1919 verweisen, die angeblich unter dem besonderen Schutze der Franzosen erfolgt sein soll. Ich stelle die Frage zur öffentlichen Beantwortung auf jeden christlichen Menschen: Glauben Sie, daß der Herr Regierungschef in Wiesbaden dem Herrn Dr. Dörren das Regierungsgebäude hätte verbieten können, wenn die Franzosen wirklich hinter der Bewegung vom 1. Juni 1919 gestanden hätten? (Aber gewiß! Mit welchem Erfolg, ist allerdings eine andere Frage. D. Red.) Die Frage stellen, heißt sie schon verneinen. Die Franzosen hielten um die Zeit des 1. Juni mit Kanonen und Maschinengewehren in dem waffenlosen besetzten Gebiet, und kein Mensch hätte es wagen können, sich dem Willen der Entente zu widersetzen. Ich las in einer Berliner Zeitung, daß Herr Dr. Dörren um jene Zeit in Wiesbaden und Umgebung immer nur ausgingen sei und in den Versammlungen im Rheinland nur gesprochen habe, begleitet von 12 französischen Soldaten mit aufgeschlagenen Bajonetten. Die Besucher jener Versammlungen werden darüber hell aufleuchten. Es ist möglich, daß der eine oder andere Claqueur sich glaubt, den Aufschlag der Proklamation fördern zu müssen. Ich glaube aber, unsere Claqueuriers in Frankreich und Belgien haben es geschafft, zu zeigen, was die Verleumdung und die Staatsregierung lieber nicht sehen hätte. (Theil D. R.) Daraus den Schluß zu ziehen, daß die Tat des 1. Juni mit französischem Gelde gemacht und mit französischen Nachmitteln unterstützt worden sei, ist geradezu lächerlich.

Über umgekehrt wurden die Rheinländer durch die Verleumdung und Versammlungsbeschränkungen im besetzten Gebiet während der Zeit der Ratifizierung des Friedensvertrages gegenüber den andern Reichsdeutschen ganz erheblich ungünstig gestellt. Während im unbesetzten Deutschland alle Befreiungsberechtigten, alle Gegner kaiserlicher Freiheit sich unbeschränkt treffen konnten, Agitationen stillen betreiben konnten, eine Prät von Gefangenen in die Welt setzen konnten, waren die Rheinländer in ihrem Verlebe so sehr gekemmt, daß die Möglichkeit der Versammlung so erschwert, daß eine Gegenwirkung gegen die Propaganda aus dem unbesetzten Gebiete vollkommen ausgeschaltet war. Ja durch das Verbot der Einfuhr von Zeitungen aus dem unbesetzten Deutschland in den von Franzosen besetzten Teil der rheinischen Länder, erhielten die Freunde der rheinischen Bewegung von den in die Welt ersten Verleumdungen entweder gar nichts oder erst so spät, daß eine Gegenarbeit ausgeschlossen war. Durch die Bombardierung der Briefzentralen ließen die Briefschaften solange, die Einholung von Reiseangehörigkeiten nahmen eine derartige Zeit in Anspruch, daß ein politisches Handeln im richtigen Augenblicke ganz unmöglich wurde, es aber auch unmöglich war, überreife Schritte im richtigen Augenblicke zu verhindern. Dadurch waren die Einzelverbindungen der Rheinlandsfreunde so sehr zu örtlichen Putschern verurteilt. Daher die schmerzliche Planlosigkeit u. Zusammenhanglosigkeit, mit der die Führer handelten. Die deutsche Gefinnung der Rheinlandsfreunde war aber auch zu unerschütterlich, daß sie etwa für sich eine Sonderbehandlung von Seiten der Befreiungsbehörde erbeten hätte, eine Bitte, deren Erfüllung auch für sie unmöglich war. Im deutschen Stütze (1) haben die

Rheinlandsfreunde die Bildung der Westmark als Bundesstaat im Deutschen Reich stets als eine rheinisch-deutsche Sache betrachtet, die sie unabhängig verfolgten von den Sentiments der Franzosen. (Mit gebührender, Köchel D. Red.)

Es ist eine leidige Eigenschaft der Deutschen, immer sich gegenseitig nationale Unpässlichkeit vorzuwerfen, sobald man nicht gleicher Ansicht ist. Das war die Kampfweise früher der Junker gegen Zentrum und Sozialisten, insbesondere auch gegen die Katholiken. Das ist heute nicht anders geworden, nachdem die Sozialisten an die Stelle der Junker getreten sind; sie gebärden sich darin junkerlicher wie die frühere Regierung. Die Haltung vor uns gegenständig als Deutsche sollte uns davor bewahren, uns zur Freude unserer wackeligen Feinde selbst zu zerstreuen und unser Deutschland zur Karikatur zu machen. (Ganz unsere Meinung; siehe oben! D. R.)

Die Aufnahme der Entente-Noten in Deutschland.

Berlin, 18. Febr. Die Antwortnote des Verbundes in der Auslieferungssache hat bereits gestern das Reichskabinett beschäftigt. Eine abschließende Beratung wird jedoch erst nach der Rückkehr des Reichsanklägers Bauer aus dem Auslieferungsmöglich sein. Die Voruntersuchung gegen die von dem Verbunde gemelter Verbrechen beschuldigten Persönlichkeiten ist bereits seit längerem im Gange. Die geschlossene Einigkeit mit der das deutsche Volk die Auslieferungssache der Entente abgelehnt hat, hat die neue Note des Verbundes nicht überdauert. Die öffentliche Meinung teilt sich angründlich der Antwortnote wider in zwei gegenwärtige Gruppen. Die Organe der Regierungsparteien erklären an, daß die neueste Note insofern einen Erfolg für den deutschen Standpunkt bedeute, als man nicht auf der unbedingten Auslieferung der sogenannten Kriegsschuldigen besteht. Entsprechend der auch an dieser Stelle zum Ausdruck gebrachten Auffassung, werden von den Organen der Regierungsparteien die Demoskrafie nicht übersehen, die auch jetzt noch auf dem Wege, der in der Auslieferungssache Angelegenheit bestritten werden soll, verborgen liegen. Unbedingte Ablehnung der Note findet sich nur in den Organen der äußersten Rechten: Deutsche Tageszeitung, Deutsche Zeitung und Kreuzzeitung bezeichnen die Note als unannehmbar. Eine Ausnahme macht nur der Berliner Lokalanzeiger, der in dem bisherigen Verlauf der Auslieferungssache einen Erfolg der deutschen Regierung erblickt. Eine Ausnahme macht ferner die der Deutschen Volkspartei nahestehende Tägliche Rundschau.

Das „Berliner Tageblatt“ sieht in der Note eine Entzweiung auf dem Wege, der zur Revision des Versailler Vertrages führe.

Die „Kreuzzeitung“ warnt davor, die Drohungen der Entente auf die leichte Schaller zu nehmen. Der Scheinruch der Entente könne aber zu einem wirklichen werden, wenn sich die öffentliche Meinung in der Abwehr gegen neue Ansinnen der Entente zusammenfinde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ findet besonderen Anlaß, die alte Forderung dringend zu erneuern, daß die deutsche Regierung endlich mit der Gegenliste und einer rückhaltlosen Aufzählung an die Öffentlichkeit trete.

Das ist ganz unsere Ansicht. Immer und immer wieder müssen wir mit erhöhter Stimme fragen: Sind es denn nur Deutsche, die im Kriege Verbrechen gegen die Gesehe der Menschlichkeit und des Völkerrechts begangen haben? Aber nur gegen Deutsche sollen die Verurteilungen in Bewegung gesetzt werden. Gegen eine solche Einseitigkeit lehnt sich das elementarste Rechtsbewußtsein auf. Das hindert uns aber nicht, daran festzuhalten, daß durch die neue Note der Weg zur Verständigung nun beschritten worden zu sein scheint.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Paris, 18. Febr. Bis zum 13. Februar sind im ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen. Die Transporte entwickelten sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung. Aus dienstlichen Gründen werden die Gefangenen nicht mehr in Mannheim und Düsseldorf, sondern in Ludwigshafen und an der Mosel übergeben. Am 20. Februar beginnen die Rücktransporte in besonderen Lazarettzügen.

Berlin, 18. Febr. Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Russland und die ungelöste Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Schreckensreden mit dem Revolutionsrat der Sowjetregierung, Kopp, einzutreten.

Kopenhagen, 18. Febr. Der englische Vertreter C. Grady erklärte dem höchsten Neutralitätskommissionen, Dänemark habe keine Zustimmung gegeben, daß die 1500 aus Deutschland nach Dänemark geflohenen russischen Kriegsgefangenen, die in Dänemark interniert seien, nach Russland zurückgeführt, während andererseits den in Russland befindlichen dänischen Untertanen die Heimkehr gestattet werde. Dänemark sei auf ähnliche Bedingungen eingegangen.

Neues vom Tage.

Der bisherige Präsident der Wiedergutmachungskommission Jannart wird, wie bestimmt verlautet, demnächst zurücktreten. Als Nachfolger werden genannt Poincare und der amerikanische Botschafter Dutah.

Denikin ist, wie aus Odessa gemeldet wird, von den Kosaken zum Diktator Russlands ausgerufen worden.

Die Danziger Frühjahrsmesse wurde am 17. d. M. im Rathhausweinfelder eröffnet. Auf dem 10 000 Quadratmeter großen Ausstellungsraum sind rund 1100 Aussteller untergebracht.

Der vierte niederländische Rote-Kreuz-Zug ist am 17. d. M. mittags, von Rotterdam abgefahren. Er führt 32 Waggons für Wien, 12 für Budapest und drei für Salzburg.

Die Volksabstimmung in der Schweiz für den Beitritt zum Völkerverbund wird wahrscheinlich am 18. April stattfinden.

Der italienische Ministerrat beschloß die Einführung der Ratifizierung der notwendigen Lebensmittel und der Kohle.

Die britische Regierung hat ein allgemeines Verbot der Ausfuhr von Kohlen aus England erlassen. Die in englischen Häfen zur Ausfuhr nach Frankreich, Italien und Skandinavien bereitliegenden Schiffe mußten ihre Frachten wieder löschen.

Der Vorstand der Deutschdemokratischen Partei hat zu seinen stellvertretenden Vorständen den Landrat Dr. Petersen und Kreisrat Dr. Kufche Berlin gewählt.

Graf Michael Karolvi ist in Prag auf dem Banzelpfad durch mehrere Schläge ins Gesicht infiziert worden. Als Attentäter wurde der Grundbesitzer Elenor Ranna aus Siebenbürgen festgestellt, der erklärte, den Grafen Karolvi aus Empörung darüber infiziert zu haben, daß er sorglos in Dummheitsschuld spekulieren gehe, während die Ungarn infolge der verbrecherischen Politik Karolvis zugrunde gegangen seien und verhungern müßten.

Die mexikanische Regierung hat mit Japan ein Schutzabkommen gegen die Vereinigten Staaten geschlossen.

Paris, 18. Febr. Nach einer „Times“-Mitteilung über den britischen Schulditt die Komposition für eine Eisenbahn von Teheran zum Kaspischen Meer erhalten haben.

Der Kampf mit dem Bolschewismus in Polen.

Warschau, 18. Febr. Ein Telegramm der Sowjetregierung an den polnischen Ministerpräsidenten besagt, daß die Sowjetregierung nicht daran denke, Polen anzugreifen, wenn die Polen sich nicht durch Generale der Entente zu Angriffen gegen Russland verleiten lassen. Die Sowjetregierung erklärt, daß die Gefahr für Polen größer wird je nachdem es der Verleumdungspropaganda unterliegt. Allgemein wird angenommen, daß doch, nachdem er sich von dem Zustande in der polnischen Armee vergewissert habe, nicht mehr daran denke, mit derselben gegen Russland vorzugehen.

Russlandswissen in Riem.

Genf, 18. Febr. 16 Schweizer Bürger, die aus Riem geflohen und gestern hier eintrafen, erklärten, daß die Bolschewisten alle Magazine geplündert und viele Häuser eingeschleiert hätten. Während der Befreiung herrschte in der Stadt ein furchtbares Elend. Die Lebensmittelpreise nahmen phantastische Formen an. Wie die Schweizer versichern, hätten die Bolschewisten buchstäblich alle fremden Konsulate ausgeraubt und wichtige Dokumente beschlagnahmt.

Warum wird eine Karabenherrin.

Budapest, 18. Febr. Nach Eröffnung der ungarischen Nationalversammlung gab Ministerpräsident Huszar einen Rückblick auf die sogenannte Räteregierung, der gegenüber die Nationalversammlung die auf gefunder Grundlage ruhende Demokratie vertrete. Die Untriebe der Bolschewisten hätten die rumänische Befreiung nach sich gezogen, und beide zusammen hätten dem Land größeren Schaden als der 41-jährige Krieg zugefügt. Trotz des Unglücks blide die Nation mit Selbstbewußtsein in die Zukunft. „Wir wollen“, fuhr der Ministerpräsident fort, „eine ungarische auswärtige Politik treiben und uns einfügen in den Drang der Welt. Wir wollen Frieden und in Frieden leben mit den übrigen Völkern.“ Weiterhin erklärte er die ungarische Frage als das größte Problem Europas, und es werde keinen Frieden und keine Ruhe geben, solange die ungarische Frage nicht vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit ihre Lösung gefunden habe. Im ersten Augenblick der Tagung schalte der Ruf nach Volksabstimmung in allen Gebieten laut in die Welt. Der Ministerpräsident umriß sodann die Aufgaben der Nationalversammlung, darunter in erster Linie die Schaffung des Friedens, Festsetzung der Staatsform der neuen Verfassung und der Wahlen, Regelung der Ernährungs- und Produktionsfragen in Landwirtschaft und Industrie, Regelung der Nationalitätenfrage und Organisation der Nationalarmee. Klassenpolitik könne nicht getrieben werden, Ungarn würde den Top einer Agrardemokratie vertreten.

Die Fahrt der Kaiserin nach Holland.

10. Der Deutsche Offiziersbund wendet sich in einer Erklärung an die Presse gegen Ausföhrungen des Ministers Erzberger, die dieser am 6. Februar in einer Zentrumsversammlung in Koblenz gemacht hat und die dahin gingen, daß im November 1918, als es sich darum handelte, einen General zur Begleitung der Kaiserin nach Amerika zu finden, alle Befragten, darunter ein bekannter Vorgesetzter, abgelehnt hätten. Schließlich hätte der Sozialdemokrat Mollenhuth mangels anderer Begleitung es auf sich genommen, die Kaiserin nach Holland zu bringen. Der Deutsche Offiziersbund bezeichnet diese Darstellung als unrichtig. Die Generale Kemmer und Rohdewald hätten sich auf Anfrage sofort zur Begleitung bereit erklärt, und der letztgenannte habe dann auch den Zug bis zur holländischen Grenze begleitet. Mollenhuth habe die Reise mitgemacht mit Rücksicht auf das den Bahnverkehr störende Treiben der Arbeiter- und Soldatenräte. Der Vorgesetzte bestätigte diese Darstellung und fügt hinzu, die Kaiserin sei mit einem Hofgärtner, der von allen Bolschewisten, also auch von den unabhängigen Bolschewisten, Dittmann und Barth, unterzeichnet war. — Der Deutsche Offiziersbund erklärt nun, daß die Behauptung Erzbergers den Tatsachen nicht entspreche. Gleichzeitig teilt er mit, daß er Klage gegen Erzberger wegen Beleidigung angestrengt habe.

Jahresrechnung der Reichsbank aus dem vorigen Geschäftsjahr.

10. Basel, 18. Febr. Die Reichsbank meldet aus Washington: Senator Lodge erklärte im Ausschuss des Senats:

„Die Regierung habe sich bereit erklärt, im Laufe des Sommers sämtliche noch in Europa befindlichen amerikanischen Truppen, namentlich die Streitkräfte aus den besetzten und den Abstimmungsgebieten, zurückzuziehen. Frankreich werde die freizubehaltenden Gebiete mit seinen eigenen Truppen besetzen.“

11. Coblenz, 18. Febr. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat nach Vorlage folgender Gesetze durch den Reichskommissar wegen deren Anwendung im besetzten Gebiet keine Einwendungen erhoben: a) Reichsnotopfergesetz vom 31. Dezember 1919, b) Umfassungsgesetz vom 21. Dezember 1919, c) Reichsabgabeverordnung nebst Ausführungsverordnung vom 13. und 18. Dezember 1919.

Wie die Köln. Ztg. hört, hat Marshall Foch am 9. Februar befohlen, die Eisenbahndirektion Saarbrücken bis zum 25. Februar aus dem Saarbesatzungsgebiet zu entfernen. Durch die Ausführung dieses Befehls würden Hunderte deutscher Eisenbahner auf die Straße gesetzt werden, weil in keiner Stadt des Rheinlandes sofort für sie Unterkommen zu finden wäre, oder sie würden gezwungen sein, ihre Frauen und Kinder in Saarbrücken zurückzulassen. Die Eisenbahner erwarten, daß die deutsche Regierung gegen diesen Befehl Einspruch erhebt.

Eine Million Tonnen Mais für Deutschland.

Berlin, 17. Febr. Die Berliner Vertreter der Frankfurter Ztg. übermitteln, ist von der Reichsregierung mit einem holländischen Konsortium ein Vertrag zur Lieferung von einer Million Tonnen Mais abgeschlossen worden. Die Lieferung erfolgt schon von der nächsten Woche an.

Erhöhung der französischen Eisenbahntarife.

Paris, 18. Febr. Der französische Senat nahm gestern die Erhöhung der Eisenbahntarife an. Die Erhöhungen können erreichen für Reisende dritter Klasse 45, zweiter Klasse 50 und erster Klasse 55 Prozent. Bei den Gülertarifen ist eine Erhöhung bis zu 115 Prozent gestattet.

Die Schweiz und der Völkerverbund.

Schweiz, Grenze, 18. Febr. Nach der entgegenkommenden Verständigung der schweizerischen Verbände zum Völkerverbund durch die Londoner Konferenz des Völkerverbundes hat der vollständig versammelte schweizerische Bundestag in seiner Sitzung einstimmig beschlossen, im Parlament zu beantragen, die sogenannte amerikanische Klausel fallen zu lassen, das heißt, den früheren Völkerverbund, der den Beitritt der Schweiz zum Völkerverbund von der Haltung Amerikas abhängig machte, aufzuheben. Wahrscheinlich ist nunmehr nur noch die jedenfalls zustimmend ausfallende Volksabstimmung, die Ende April oder Anfang Mai stattfinden wird.

England und Türkei.

London, 17. Febr. Reuter erfährt: Die englische Regierung hat den englischen Kommissar in Konstantinopel angewiesen, öffentlich bekanntzumachen, daß die Alliierten beschloßen hätten, die Türkei Konstantinopel nicht zu verabsäumen. Es wird indes währenddessen hingewiesen, daß, wenn die Vervollständigung der Armenier fortbauere, der Friedensvertrag mit der Türkei in beträchtlichem Maße abgeändert werden könnte.

Neuere schwedische Schuld 204 Milliarden.

Berlin, 18. Febr. Im Reichsfinanzministerium finden heute und morgen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzberger Besprechungen über die Frage der Behandlung unserer schwedischen Schuld statt. Heute wird diese Frage im Schilde der Valutakommission erörtert. Morgen werden sich die Finanzminister der einzelnen Staaten mit ihr beschäftigen.

Die gesamte Reichsschuld ist vom Reichsfinanzminister für Ende März 1920 auf etwa 204 Milliarden geschätzt worden. Davon werden ungefähr 95 bis 100 Milliarden schwedische Schuld in Form unverzinslicher Schatzanweisungen sein.

Die Reichssteuer in Sicht.

Berlin, 18. Febr. Der mit Steuern und Steuerplänen schon mehr als überfüllten Bevölkerung wird eine neue, recht erhebliche Belastung angedroht: Die Reichsregierung zusetzt plant die Reichsregierung eine Mietssteuer von rund 20 v. H., um aus ihrem Vertrag die Baufostenzuschüsse des Reiches zur Errichtung von Mietwohnungen aufzubringen.

Ueber die Höhe einer etwa zu erhebenden Mietssteuer ist jedoch noch kein Beschluß gefaßt worden, während andererseits kein Zweifel daran gelassen wird, daß über die Deckung der Reichsbaukostenzuschüsse aus besonderen Abgaben Beratungen gepflogen werden, die sich voraussichtlich zu dem Entwurf einer nach der Mietssteuer zu erhebenden Steuer verdichten dürften. Der Gedanke an sich ist ja auch keineswegs neu; er wurde unter anderem auch bei Gelegenheit der Düsseldorf Tagung des Rheinischen Vereins für Arbeiterwohlfahrtswesen verschiedentlich erörtert, und man kam dahin, die Einführung der Mietssteuer als unumgänglich zu erklären, worin man dem Problem der Neubereitstellung von Wohnungen überhaupt noch eine Lösung geben wolle. Es steht daher leider zu befürchten, daß die Bevölkerung auch um diese neue Steuer nicht herumkommen wird, die freilich, im Zusammenhang mit anderen Finanzplänen der Regierung betrachtet, jeglichen volkswirtschaftlichen Weitblick vermissen läßt. Denn das beliebte System, mit der einen Hand geben, in Form von Gehalts- und Lohnsteuern, und mit der anderen das eben Gewonnene und noch mehr als dieses durch verhöhrte Eisenbahntarife, steigende Preise aller der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Güter und Leistungen durch neue Steuern endlich wieder abzulassen, dieses System ist zwar äußerlich einfach, bedeutet aber letzten Endes nur einen Kreislauf, der den engen Riemen um den Wagen der nicht mit Schieberverdiensten gesegneten Bevölkerung immer enger zusammenzieht und weder der tatsächlichen Not unserer Wirtschaft noch auch der gärenden Unzufriedenheit zu steuern in der Lage ist.

Ertrag des Religionsunterrichts.

Berlin, 18. Febr. Der Magistrat von Lichtenberg teilt mit: Die nächste Stadtvorordnetenversammlung wird sich mit einer Magistratsvorlage beschäftigen, die ab Oktober 1920 die Einführung eines Unterrichts über „sittliche Lebenskunde“ in den Schulen für die Kinder vorsieht, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen. Der Unterricht soll als private Veranstaltung der Stadt eingerichtet werden, in ihm soll die „Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit“ im Mittelpunkt stehen. Fragen des religiösen Lebens und der Religionsgeschichte sollen von einem freien, besonders von konfessionellen Anschauungen völlig unabhängigen Gesichtspunkt behandelt werden. Der Unterricht soll nach Bedarf in mindestens zwei Wochenstunden als freiwilliges Lehrfach eingeführt werden. Das Unterrichtsziel soll in vier aufsteigenden Kursen erreicht werden.

Wiederentdeckung von Kriegerkriegen.

Berlin, 18. Febr. Der Reichsminister veröffentlicht eine Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung. Hiernach sind Betriebsunternehmer und Bureauinhaber

einschließlich der Körperkassen des öffentlichen Rechts verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer und reichsdeutschen Zivilinterimierten wieder einzustellen, die am 1. August 1914 als Arbeitnehmer in ihrem Betrieb oder Bureau beschäftigt waren; dieselbe Pflicht haben die Arbeitgeber gegenüber den Kriegsteilnehmern, die am 1. August 1914 ihrer Dienstpflicht bei dem Heere, der Marine oder den Schutztruppen genügt und diesbezüglich auf ihrer früheren Beschäftigung bei ihnen ausgeschieden waren. Endlich erstreckt sich die Wiedereinstellungspflicht auf die Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges noch die Schule besuchten und erst später Arbeitnehmer geworden sind, sofern sie von ihrer ersten Arbeitsstätte aus unmittelbar in den Dienst des Heeres, der Marine oder Schutztruppen eingetrennen sind. Die Wiedereinstellungspflicht erlischt, wenn die Arbeitnehmer sich nicht binnen zwei Wochen zur sofortigen Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihren früheren Arbeitgebern melden. Bei den aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Personen beträgt die Wartezeit sechs Wochen.

Der galante Deutsche.

Folgendes lustiges Ereignis lesen wir in der Nummer vom 18. Februar der Mainzer Zeitung und glauben, ihn unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

Kunststück: „Die Liebe wacht.“ Wie es schon öffentlich bekannt gemacht wurde, wird eine erstklassige französische Theatertruppe aus Paris am 20. dieses Monats in Mainz und am 21. in Wiesbaden die oben erwähnte reizende Komödie spielen. Dieses lustige Werk von A. de Flors und G. Caillavet zeichnet sich durch seine leichte Ironie und einen zierlichen und zartfühlenden Beobachtungsgeist aus. Der Sinn des Werkes ist so leicht und angenehm und so natürlich, daß man während der vier Akte des Stückes sich ständig unter seinem Reize befindet. Die bewundernswürdige Kunst und Unschönheit im Spiele von Frau D. Duflos, das vornehme Spiel von Herrn Montaigne in der Rolle des glänzenden Andre von Juvenot, die Geschmeidigkeit und Sicherheit von Varney, das gutmütige milde Spiel von Luquet und das ausgezeichnete Auftreten ihrer anderen Kameraden werden veranlassen, daß der Erfolg dieser reizvollen Abendvorstellung gesichert ist. (Wir sind von der „bewundernswürdigen Kunst der Frau Duflos“ vollständig überzeugt.)

Unpolitische Betrachtungen eines Großhändlers zur Lage.

Das vollständigste Wort ist zur Zeit in Deutschland die „Paluta.“ Ein bekanntes Witzblatt prägte jüngst den schon zum geflügelten Wort gewordenen Satz: „Paluta, Mädchen, wie tief bist du gesunken!“ Der Salzenhumor, dieser Gesellschaftsschmerz von Tag zu Tag bitterer, denn jeder neue Blick in die Zeitung läßt erkennen, daß unser Vaterland ins Bodenlose zu sinken droht. Die Preise für Lebensmittel, Kleidung, Möbel und Luxuswaren steigen ruckweise von Woche zu Woche. Raum hat man sich daran gewöhnt, an den Normalpreis eine Kall zu hängen, schon rückt der Wert der Ware über das Joch hinaus. Wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen, läuft noch heute, denn er weiß, daß er morgen um vieles teurer kaufen wird. Im Westen Deutschlands spürt man die Entwertung unserer Zahlungsmittel besonders, da wir immer auf die Einfuhr aus Holland angewiesen waren. Die Verteuerung dieser Einfuhr ist bereits so groß, daß man den Zeitpunkt herannahen sieht, wo die Paluta eine neue Flodabemmer errichtet. Andererseits wandert alles, was man in Deutschland produziert, über die Grenze ins Ausland. Maschinen, Oefen, Herde, Klaviere, Kraftwagen, ja sogar Rohmaterial wie Holz, Kohle, Erze und was das Schlimmste ist: Landessprodukte, die Deutschland selbst notwendig braucht. Die Regierung versichert, daß wir nicht zu hungern brauchen: es würde mehr Eindruck machen, könnte die Regierung uns versichern, daß sie dem „großen Ausverkauf“ an deutschen Erzeugnissen, der gegenwärtig von unkontrollierbaren Elementen an der Grenze betrieben wird, zu steuern wisse. Je mehr die Preise steigen, umso mehr wächst die Unzufriedenheit mit der Passivität der Regierung, die den unhaltbaren Zuständen keinen Damm entgegenzusetzen vermag. Je höher die Preise steigen, umso höher gehen die Forderungen der Arbeiter;

Nachdem der Streik der Eisenbahner glücklich beigelegt ist und die schlimmste Gefahr für die Lebensmittelfuhr der Städte im Westen beseitigt wurde, erheben die Vergarbeiter neue Lohnforderungen, die man ihnen bewilligt hat. Die dadurch veranlaßte Verteuerung der Kohle wird sich bald im gesamten Wirtschaftsleben bemerkbar machen. Daß heute in Deutschland ein Arbeiter durchschnittlich besser bezahlt wird als ein Beamter, daß er — wenn seine Kinder mitbedienen — sogar in glänzenden Verhältnissen lebt, ist eine jetzt allgemein zu Tage tretende Erscheinung. Nicht der bürgerliche Mittelstand ist es mehr, der in den guten Gastwirtschaften, in Kaffee- und Theatern und Varietes sitzt und das Leben von der heiteren Seite genießt. Nicht der Angestellte, Beamte oder Bürger ist es, der beim Schneider, im Modengeschäft, beim Schuhwarenhändler seinen äußeren Menschen verschönt, der sich beim Möbelhändler Klubstisch und Teppiche kauft, der die teuren aber hundschelechten Zigarren raucht, Frau und Tochter mit Juwelen beschenkt, und die Magerkeit der Kriegsjahre durch einen wohlhabenden Körperanfang bereits ersetzt hat. Die Klasse der Wohlhabenden setzt sich aus den Kreisen zusammen, die mit der Hand und — unter der Hand arbeiten. Ein guter Kopf sieht heute geringer im Ansehen als eine geschickte oder kräftige Hand. Das Handwerk hat wieder einen goldenen Boden. Aber man scheint von der Dauer dieses Zustandes nicht recht überzeugt zu sein, denn die neuen Wohlhabenden zeigen zunächst den Ehrgeiz, ihren Nachwuchs auf die Stufen der Bildungseleiter zu stellen, die sich heute schlechter denn je bezahlt macht. Der Bildungshunger weiserer Kreise ist noch die ernstlichste Erscheinung im gegenwärtigen Deutschland. Vor allem ist man in Westdeutschland eifrig bestrebt, durch Errichtung von Volkshochschulen, Abhaltung von akademischen Kursen, durch Vorträge über Kunst und Wissenschaft, Technik und Politik den Geistesstand aller Schichten zu heben. Die Teilnahme an allen diesen Einrichtungen ist sehr groß. Aus jedem Stand finden sich Hörer und Lehrende, und der Ernst und die Gründlichkeit, die diese Bestrebungen auszeichnet, macht der deutschen Geisteshaftigkeit alle Ehre. Es ist immer noch bewundernswert, wie sich der Deutsche in unerbittlicher Ruhe in sein Los findet, so wie die Not und Vertreibung unserer Tage seine Tätigkeit und Regsamkeit nur noch anspornt. Die Leiden des Krieges sind wohl schwer genug gewesen, nun geht es um die Erfüllung des Friedensvertrages, eines Vertrages, der gemeinsam mit der Soluta eine gar nicht zu übersehende Belastung Deutschlands ausmacht. Die harte Kindersterblichkeit wird durch die Abgabe der Milchkuhe noch vergrößert, die ungemein verteuerte Lebenshaltung steigt bei einer etwa in Frage kommenden Einfuhr von Mehl und Brot ins Ungemessene. Einen Richtschnur bedeutet das fortwährende Eintreffen der Kriegsgefangenen und das Entgegenkommen der Entente in der Auslieferungsfrage. Man ist soviel unmenselichkeit begegnet, soviel Unerschlichkeit, daß es schwer ist, an Menschlichkeit und Brüderlichkeit zu glauben.

Ist nun die Lage in den Städten, vornehmlich in den Großstädten ganz besonders schwierig, so bringt das kommende Frühjahr eine Fülle neuer schwerer Probleme auch für das Land. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß es einzig und allein von Landwirtschaft und Bergbau abhängen wird, ob wir trotz der schweren Lasten, die uns der Friedensvertrag auferlegt, instand sein werden, uns über Wasser zu halten. „Mehr Arbeit, mehr Kohlen, bessere Ernährung!“ waren die Forderungen des Reichsforschers Bauer bei den Besprechungen in Essen. Man geht sehr in der Annahme, es seien in der Hauptsache politische Motive, die den Vergarbeiter zur Niederlegung der Arbeit oder zur Minderleistung veranlassen; mehr oder weniger ist der Grund immer in der schlechten Ernährung zu suchen, von der mancher Landbewohner sich keine Vorstellung machen kann. Darum sei sich jeder auf dem Lande seiner Pflicht bewußt, unsere Volkswirtschaft in der Stadt zu unterstützen durch rastlose Arbeit, durch Reinhaltung des Geschäftsbetriebes von Käufer und Ueberverteilung und durch gewissenhafte Erfüllung der Lieferungsverpflichtung. Der Arbeiter wird sich bald in einer allgemeinen Verbesserung unserer Verhältnisse bemerkbar machen. Bei das Wort „Wasser“ schon mehr und mehr den Preis schmerz des Verbrauchsgegenstandes verloren, so ergibt sich daraus, noch lange nicht die Notwendigkeit für jeden Einzelnen, nun auch seinerseits alle Begriffe von Recht und Moral auf den Kopf zu stellen.

Auf dunklen Wegen.

Roman von Ed. Wagner.

Fortsetzung.

grungen scherzend hinzu, aber ich möchte doch mein Sortiment Ören nicht auseinandergerissen sehen. Ein Paar scheint mir zur Erhöhung menschlicher Anmut durchaus notwendig.“

„Mir auch“, pflichtete Kollis bei; „aber ich habe eine dunkle Ahnung, daß ich eins von dem Paar verlieren werde. Wenn wir heute vertrieben würden und Wilbrahim käme morgen an, gäbe es keine Sprache der Welt, in der ich meine Empfindungen ausdrücken vermöchte.“

In diesem Augenblick trat Spiridion aus seiner lugubris ausgestatteten Privatstube und fragte Laros, ob sein Boot noch nicht zurück sei. Der Gefragte antwortete verneinend.

„Er hätte schon längst zurück sein sollen“, antwortete der Hauptmann, und seine Stirn runzelte sich. „Ich kann mir nicht denken, weshalb er so lange bleibt, es sei denn, daß er dumm genug gewesen ist, sich fangen zu lassen.“

Spiridion ging nachdenkend mit über der Brust zusammengeklungenen Armen auf und ab, von Zeit zu Zeit einen unbedingten Blick nach dem Ausgang der Stube werfend. Plötzlich wurden hastige, schwere Schritte in der äußeren Stube hörbar und im nächsten Augenblick erschien der Abmarsch. Es war der Leutnant der Bande, der Bruder und Vertraute Spiridions.

„Kun?“ fragte der letztere.

„Es sieht schlecht“, lautete die Antwort. „Der Engländer ist nicht nach Athen zurückgekehrt.“

„Nicht! Was ist das? Gehen die Engländer so wenig auf Körperlichkeit? Wollen sie den Verlust eines Chores so gering? Nein, das muß ein

Vertraut sein! Du warst nicht im rechten Gasthaus.“

„Ich bin in jedem Gasthaus oder Hotel in Athen gewesen. Ich ging verkleidet auf das Konsulat und erkundigte mich dort. Kapitän Wilbrahim ist nicht angekommen.“

„Dann, beim Teufel, will ich mich nicht um meine Rache bringen lassen, wenn ich auch das Lösegeld einbüßen sollte!“ rief Spiridion. „Vielleicht dachten sie, ich würde meine Forderung nicht ausführen lassen“, und er lachte dümmlich. „Aber vor allem sage mir, wie es in Athen aussieht. Gibt es etwas Neues?“

„Man spricht davon, daß heute die Frist des Wartens abgelaufen und keine Hilfe für die Gefangenen angekommen ist. Es herrscht furchtbare Aufregung unter der ganzen Bevölkerung. Die Truppen durchstreifen das Land mehrere Meilen südwärts von uns.“

Spiridion schloß die Lippen; dann sprach er:

„Setz dich nieder, Leutnant, und schreibe zwei Briefe, welche die beiden Ören begleiten sollen. — nein, drei sind es, denn wir dürfen den treuen Diener des Grafen nicht vergessen. Schreibe den Verwandten der Gefangenen mein Kompliment, — die Örtlichen wirst du in den Taschenbüchern unserer Gäste finden, — und schreibe ihnen, daß ich das Lösegeld für jeden der Gefangenen auf das Doppelte erhöht habe.“

Der Leutnant holte Feder, Tinte und Papier, setzte sich und schrieb das ihm Befohlene.

„Damit bin ich fertig. Was mehr?“ fragte er noch einer Weile.

„Schreibe ihnen“, antwortete Spiridion, „daß, wenn die Zahlung innerhalb eines Monats nicht erfolgt sei, ich das andere Öhr und eine Hand senden werde und daß die anderen Körperteile sukzessive,

wie ich es versprochen habe, folgen werden, bis schließlich das Herz an die Reihe kommen wird.“

Der Leutnant schrie.

„Sonst noch etwas?“ fragte er.

„Nein. Ich will unterschreiben.“

Der Hauptmann nahm den Platz des Leutnants ein und setzte seinen Namen unter das Schriftstück.

„Nun schreibe daselbst noch einmal ob für das andere Öhrchen“, sagte er. „Alexandros, die Öhrchen!“

Der Gefangene brachte zwei kleine hölzerne Kästchen, welche ihm hatte ausgehändigt waren.

Der Brief wurde abgeschrieben und auch diese Abschrift von Spiridion unterzeichnet; dann wandte er sich an die Gefangenen.

„Wie es scheint, sind die Öhren eines englischen Lords nichts wert“, sprach er ironisch. „Haben Sie einen besonderen Freund, Mylord, dem Sie die Öhren zu senden wünschen?“

„Sie beschuldigen doch nicht, die von Ihnen angebotene Schenklichkeit auszuführen?“ entgegnete Lord Kingscourt. „Sie wissen, daß ich an meinen Freund schrieb und dem Briefe eine Anweisung beifügte. Es muß ihm irgend etwas ungeschicklich sein; er mag Kautschuk gehabt haben und er wird, wenn er jetzt noch nicht in Athen ist, morgen oder übermorgen gewiß kommen. Warten Sie noch eine Woche.“

„Nicht einen Tag, — nicht eine Stunde!“

„Wir wollen jeden Pfennig des Lösegeldes bezahlen. Das Geld ist auf dem Wege!“ rief Kollis. „Um des Himmels willen haben Sie noch einen oder zwei Tage Geduld!“

Spiridion schloß die Lippen.

„Ich habe wenig mit dem Himmel zu tun“, entgegnete er. „Ich wiederhole, daß ich weder um des Himmels willen, noch um sonst etwas warten werde. Ihr Freund hat drei Monate Zeit gehabt. Geht!

es ihm da nicht, zu kommen, so wird er sich auch nicht in den nächsten Tagen einstellen.“

„Aber er wird kommen!“ rief Kollis in seiner Angst. „Warten Sie doch nur noch einen Tag!“

„Nicht eine Minute! Auf, Kameraden, bindet sie!“

Die Räuber stürzten sich auf die Gefangenen, die in wenigen Minuten gebunden waren.

„Meinen Degen!“ rief der Hauptmann.

Der Degen wurde ihm gebracht.

„Nun sollt ihr sehen, wie ich mein Wort halte!“ rief er, und seine Augen funkelten und seine Faust so weiche Stimme klang hart und rauh. „Haltet des Lords Kopf fest! So!“

Die Hände der Räuber hielten Lord Kingscourt Kopf so fest, daß er sich wie in eisernen Klammern befand. Ein Chaos von seltsamen Gefühlen drängte sich in seine Brust: Zorn gegen seinen Freund, Erbitterung gegen das Schicksal, ein Gefühl von Erniedrigung, eine schreckliche Angst, — das alles wogte und stürzte in ihm. In so schmählicher Weise gekennzeichnet zu werden, schien ihm schrecklicher als der Tod.

Sein verzweifelter Ringen hatte ihn ermattet, und in einer Art Bewusstlosigkeit schloß er die Augen, als Spiridion mit erhobenem Degen und grimmiger Miene auf ihn zutrat.

In diesem Augenblick trat durch den Eingang aus der äußeren Stube ein Mädchen, schön und lieblich wie ein Engel; ihre flammenden Blide durchflogen den großen Raum, und augenblicklich die Situation begriffen, eilte sie vorwärts und flar und hell tönte ihre Stimme durch die Stube, als sie gelaufen war:

„Spiridion! Dort!“

(Fortsetzung folgt.)

Mehr Idealismus, mehr Charakter, mehr Ehrlichkeit
des Einzelnen auch gegenüber einer Welt des schran-
kenlosen Egoismus, das ist der kategorische Im-
perativ unserer Tage.
O. R. W.

Aus Stadt und Kreis

Oberlahnstein, den 19. Februar.

Die Versorgung mit Brennstoff. Um der nach wie vor anhaltenden Kohlennot möglichst zu steuern, hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, auf dem Wege der Rationierung Brennholz aus den städtischen Wäldungen an die Einwohner abzugeben. Zur Feststellung des Holzbedarfes für die Dauer eines Jahres sind deshalb Listen auf dem Rathaus ausgelegt worden, in die Konsumenten die erforderlichen Mengen eintragen können.

Die Freiwillige Feuerwehr hält heute abend 7½ Uhr eine Hauptversammlung bei Herrn Rik. Schaub ab. Außer der Vorstandswahl und dem Geschäfts- und Kassenbericht steht eine Ansprache über verschiedene schwebende Fragen auf der Tagesordnung.

Öffentliche Versammlung. Am kommenden Sonntag, nachmittags 5 Uhr findet in der Aula des Gymnasiums eine öffentliche Versammlung der deutschen Volkspartei für Koblenz und Umgebung statt. Herr Dr. Höller aus Koblenz behandelt das Thema: „Des deutschen Volkes innere Not.“

Versorgungsansprüche Minderjähriger. Nach dem Erlaß des früheren preußischen Kriegsministeriums hängt die Wirtschaftlichkeit der von den Minderjährigen selbst gestellten Ansprüche und erhobenen Ansprüche in Versorgungsangelegenheiten von der Beibringung einer Einwilligungserklärung des gesetzlichen Vertreters ab. Fehlt diese Einwilligungserklärung, so ist nach einer neuen Verfügung des Reichsarbeitsministers sie zwar sofort nach Eingang des Antrags anzufordern, aber ihr Fehlen hat weder die Einleitung des Versorgungsverfahrens, noch seine Durchführung bis zur Beendigung der Prüfung hemmend zu beeinflussen.

Die Entschädigung für verlorene Postpakete. Wie aus Berlin gemeldet wird, befindet sich beim Reichspostministerium ein neues Gesetz über die Entschädigung bei Verlust oder Beschädigung von Postpaketen in Vorbereitung.

Niederlahnstein, den 19. Februar

Uchspielhaus. Das neue Programm bringt uns heute einen Film, der überall, wo er bis jetzt vorgeführt wurde, den ungeteilten Beifall eines jeden Kinobesuchers gefunden hat. „Die letzten Tage von Pompeii“ nach dem gleichnamigen Roman von Bulwer ist ein Kulturfilm ersten Ranges und schon allein wegen der Farbpracht der einzelnen Bilder sehenswert.

Die gewerbliche Fortbildung. Schule beginnt ihren Unterricht heute abend 8 Uhr.

Die sozialdemokratische Partei hält heute abend 7 Uhr eine Mitgliederversammlung bei Gillig ab.

Braunbach, den 19. Februar.

En. Sport. Die zweite Mannschaft des Sportvereins spielte am Sonntag im Westerschachspiel gegen die zweite der „Fortuna Koblenz“ mit 4:3; die erste blieb Sieger in einem Gastspiel gegen Koblenz Westfeld 1907 mit 6:1.

En. Festgenommen wurde am Montag abend vom Wachmeister Deuser ein Diebespaar aus Koblenz, das zwei Säcke mit Eisen auf der Silberhütte gestohlen hatte. Der Mann wurde, da er ohne jeden Ausweis war, in Haft behalten, während die Frau nach Feststellung ihrer Personalkarte entlassen wurde.

Bemerkungsgang. Von Seiten des Ortsbauvereins sind mehrere gemeinschaftliche Gänge der Mitglieder zur Pflanzung der Obstbäume und Aussprache über deren zweckmäßige Behandlung u. dgl. m. vorgesehen. Der erste dieser Pflanzungsgänge soll am kommenden Sonntag stattfinden und zwar sammeln sich die Mitglieder um 1½ Uhr am Kleinbahnhof. Ohne Zweifel wird diese Anregung großen Beifall finden, läßt sich doch bei solcher Gelegenheit mancher Frage nach und Stelle zweckdienlich beantworten.

Dachshausen, den 17. Februar. Die Eheleute Heinrich Proder und Frau Johanneke geb. Oberleitner heute das Fest der silbernen Hochzeit.

Rehert, 17. Febr. Durch die gegenwärtige Steigerung der Weinpreise sind auch die Kaufpreise für Weinbergen erheblich gestiegen. Bei der letzten Grundbesitzversteigerung kostete ein Weingarten mit 13 Ar belegen im Distrikt „Klein Bergelchen“ 12 230 Mark.

Rehert. Die Kreisleitung „Reichsbund“ Kriegsbeschädigter, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen hielt am 18. 2. eine öffentliche Versammlung ab. Am Schluß der Versammlung über Jued und Ziele des Reichsbundes, wurde sofort eine Ortsgruppe des Reichsbundes Kriegsbeschädigter, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Elz Rehert, gegründet. Kameraden und Kameradinnen von der näheren Umgebung welche Mitglieder werden wollen werden gebeten, sich an den 1. Vorsitzenden Johann Karbach Rehert zu wenden.

El. Goarshausen, den 19. Februar

Die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die kürzlich für unsere Stadt und Umgebung gegründet worden ist, wird am kommenden Sonntag in einer Versammlung im Saalbau „Hohenzollern“ die Wahl des Vorstandes vornehmen. Des weiteren sollen bei dieser Gelegenheit Anträge und Wünsche, die von verschiedenen Seiten eingegangen sind, besprochen werden.

Neue Strompreise. Die erneute bedeutende Erhöhung der Kohlenpreise hat eine weitere Steigerung der Strompreise für Beleuchtung sowie für Kraftzwecke notwendig gemacht. Nach dem neuen Tarif beläuft sich der Lichtpreis auf 1,35 Mark, der Kraftstrompreis auf 0,68 Mark für die Kilowattstunde. Auch die Haushalten sind entsprechend erhöht worden.

Schlachtverbot. Der Minister für Landwirtschaft hat angeordnet, daß die Schlachtung aller Schafstämme und Ziegenmutterlammern, die im diesem Jahre geboren sind oder geboren werden, bis auf weiteres verboten ist. Rottschlachten sollen nicht unter das Verbot.

Köstlin, den 19. Februar.

Die Schafzucht hat unter den Schafzuchtenden unseres Kreises und der benachbarten Gemeinden einen solchen Umfang angenommen, daß der Handel mit Schafen im diesseitigen Kreise verboten werden mußte. Auch die Raut- und Klauenfeuche ist trotz schärfster Vorbeugungs- und Bekämpfungsmassnahmen wieder stark verbreitet.

n. Schmiede-Jungung. Am Samstag, den 21. Februar, findet im Gasthaus „Zur schönen Aussicht“ die erste Hauptversammlung der Schmiedezweigvereinigung für den Kreis St. Goarshausen statt.

Aus Nah und Fern.

nb. Cob. 17. Febr. Eine große Bürgerversammlung sprach sich einstimmig für die Herstellung und den Betrieb der Quellenprodukte in staatlicher Regie, wie bisher, aus. Andernfalls soll die Stadt den Betrieb übernehmen. Aufschärfte wurde gegen die Verpachtung des Betriebs der Enser Quellenprodukte an ein Privatunternehmen Einspruch erhoben.

nb. Wiesbaden, 17. Febr. Der Begründer des weltbekannten chemischen Laboratoriums Fresenius, Geheimrat Prof. Dr. Heinrich Fresenius, ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

nb. Königstein, 1. 2. 17. Febr. Auf den Abendzug Höchst-Königstein wurde zwischen Hornau und Schneidheim ein Aufschlag verhängt. In Abständen von 60 Metern waren an drei Stellen schwere Schwellen und Baumstämme auf die Gleise gelegt und befestigt. Der Zug konnte noch rechtzeitig zum Halten gebrannt werden. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

ng. Höchst, 16. Febr. Der Mittelrheinische Regattaverband wird seine diesjährige 8. Mittelrheinische Regattastrecke wieder auf der vorjährigen Rennstrecke auf dem Main bei Höchst am 10. und 11. Juli abhalten und plant dazu die Ausschreibung von 20 Rennen, darunter erstmalig einen Vierer ohne Steuermann.

nb. Worms, 16. Febr. In einer Fabrik an der Mainzer Straße stürzte eine Dede ein, die eine zweite Dede durchschlug und den in dem Raum beschäftigten Heizer begrub, der nur als Leiche geborgen werden konnte.

ng. Selbach (Wittenfeld), 18. Febr. Sechszehn bewaffnete Räuber drangen abends in die Wohnung des Landwirts Joh. Beder, legten ihm die Pistole auf die Brust und zwangen ihn zur Herausgabe seines Geldes. Die Gauner erbeuteten 20 000 M.

wk. Neubach, 16. Febr. Von einem Herzschlag getroffen wurde gestern abend der 19jährige Br. von hier. Er befand sich auf einer Ballgesellschaft, wurde von einem Umwölker befallen, worauf er sich nach Hause begab und dort tot niedersiel.

Aus aller Welt.

Mo im Kreise der Jüder. Mit der allmählichen Auflösung der Geheimnisse der Kriegswirtschaft wird nun auch offenbar, was aus den großen Mengen von Jüden geworden ist, die dem zweiten Kriegsjahr als der menschlichen Ernährung entzogen wurden und das deutsche Volk, das in der Jüderproduktion an der Spitze aller europäischen Länder marschierte, zur strengen Rationierung zwang. Wie Dr. W. Gosswein und Dr. D. Lüddecke in den „Naturwissenschaften“ mitteilen, wurde die größte Menge des Jüders in Glycerin verpackt, der zu Sprengstoffen gebraucht wurde. Die Umwandlung des Jüders in Glycerin geschah auf biochemischem Wege. Schon lange war bekannt, daß bei der gewöhnlichen Gärung des Jüders mit sehr geringen Mengen von Glycerin, höchstens drei Prozent vom Jüder, entstehen. Durch Zusatz von Alkalien in die Gärungsmasse gelang es nun, die Glycerinbildung bedeutend zu erhöhen. Fast alle alkalischen reagenten Salze erwiesen sich zu diesem Zweck als geeignet. So hat die Glycerinreinigung aus Jüder in der Kriegszeit eine hohe praktische Bedeutung erlangt. Das Verfahren wurde im Jahre 1915 patentiert und rasch in Großbetrieben genommen, so daß die Glycerinausbeute 1 Million kg. im Monat überstieg. Die Entdeckung ist aber nicht nur von hervorragender praktischer Bedeutung während der Kriegszeit gewesen, sondern sie besitzt auch ein außerordentliches theoretisches Interesse, indem sie den Nachweis erbringt, wie der Stoffwechsel der Kleinlebewesen durch Zufüge von Chemikalien beeinflusst werden kann. Die biochemischen Verfahren eröffnen ganz neue Aussichten für die Zukunft und scheinen überhaupt dazu berufen zu sein, einem Volk, das aller Rohstoffe beraubt wird, in vieler Beziehung Ersatz zu schaffen.

Das Briefmarkenjahr 1919. Das in so vieler Hinsicht denkwürdige Jahr 1919 ist jedenfalls für den Briefmarkensammler das denkwürdigste, das er bisher erlebt hat. Niemals sind vorher auch nur annähernd so viele und so verschiedenartige Marken ausgegeben worden, und die Zeitgeschichte spiegelt sich sehr deutlich in den Postwertzeichen der Völker. Mehr als 2500 verschiedene Marken sind während der letzten 12 Monate ausgegeben worden, und so manche dieser Marken sind von einem Typ, wie er bisher den Briefmarkensammlern unbekannt war.

Vom Kampf um die bunte Herrenkleidung. Ein englischer „Modendesigner“ Percy Barles hat eine Anzahl von Herrenanzügen geschaffen, die mit dem bisherigen Stil vollkommen brechen, und diese „Regenbogenkleider“ sind nun in verschiedenen Londoner Hotels ausgestellt. In der Reformator der Herrenkleidung hat sogar eine Reihe von Enthusiasten gewonnen, die sich in diesem Aufzuge in die Salons und auf die Straße wagen. Sobald haben eine Reihe von führenden Schneidern erklärt, die Bewegung zu unterstützen. Die neuen Kostüme greifen auf die Herrenkleidung des 18. Jahrhunderts zurück. Man findet unter ihnen Profatweilen in bunten Pastellfarben, Kniehosen in dunkelblauer und marter Farbe, mit Stahlschnitten und Stahlknäulen, weiche Hemden mit Spitzeneinsätzen, die sich weit über die Hüfte fallen und mit Spitzenanfängen, die einen Teil der Hand bedecken. Weiße und grüne Röcke sind für Abendkleider vorgesehen, und besonders elegant nahm sich ein Herr aus, der in einem violetten Mantel mit Pelzbesatz erschien. Mr. Barles ist sich wohl bewußt, daß seine Kostüme nur einen Anfang darstellen, der wie alle Anfang schwer ist. „Ich bin jeder Kritik zugänglich“, sagte er, „und wer an den kostümlichen Änderungen wünscht, kann sie bei mir erhalten. Was ich brauche, das sind 5000 junge Leute in London und 10 000 im ganzen Land,

die als Pioniere für die neue Herrenkleidung ausziehen. Wenn erst die Hemmnisse der Gewohnheit und der Konvention überwunden sind, wenn man das Erscheinen von Herren in dieser neuen Tracht als selbstverständlich hinnimmt, dann weiß ich, daß ich viele Anhänger finden werde und daß die Männerwelt mir dankbar sein wird.“

Anarchie auf dem Veranstaltungsmarkt. Mit nicht weniger als 68 Maskenbällen, Kappenfesten und Redouten wartete Frankfurt Samstag abend auf. Und alle diese Veranstaltungen waren, nach dem Treiben zu urteilen, das auf den Straßen herrschte, überfüllt. Kein Mensch kümmert sich eben um die polizeilichen Verbote und die Polizeistunde.

Kastern, die auf Bäumen wachsen. Zu den fabelhaften Geschichten, die in früheren Jahrhunderten Phantasiebegabe, aber wissenschaftlich nicht sonderlich geschulte Reisende von ihren erotischen Expeditionen mit nach Hause brachten, wurde von deren Zeitgenossen auch die Mär von den Kastern getragen. Die Bäume, die die ersten Besucher der Länder an der Mündung des Orinoko gesehen haben wollten. Diese so unwahrscheinlich klingende Geschichte beruhte aber durchaus auf richtiger Naturbeobachtung, für die Andre Thibaut im Jahre 1668 auch eine wissenschaftlich einwandfreie Erklärung erbrachte. „In diesem Lande“, schrieb er, „steht man an der Seefläche Bäume, deren Zweige bis hinauf zum Gipfel mit Kastern bedeckt sind. Denn ihr müßt verstehen, daß zur Zeit der Fluten das Meer seine Wässer je zweimal vierundzwanzig Stunden sehr hoch und weit ins Land treibt. Von den Wellen, die die Bäume überfluten, werden dann die Kastern auf die Äste getragen, an denen sie festhalten. Sie befinden sich deshalb in unendlichen Mengen auf den Bäumen und bieten den Wilden stets einen reich besetzten Tisch. Wenn sie Kastern essen wollen, so brauchen sie nur einen der mit Schalenentwürfen förmlich überzogenen Äste abzuschlagen, wie wir es etwa mit einem Zweige tun, der mit reifen Birnen besetzt ist. Was die so genutzten Bäume anbetrifft, so sind es zum Teil Mangroven. Wie reich die Kasternbeute eines einzelnen Baumes ist, teilte einmal der Reisende Kälisch mit, der berichtete, daß er an einer einzigen Kasternwurzel über 500 Kastern gezählt habe. In diesen Zuständen hat sich bis zum heutigen Tage noch nichts geändert. Die Länder am Orinoko sind noch immer ein Schlaraffenland, wenigstens mit Bezug auf die Kastern, die man dort im wahren Sinne des Wortes von den Bäumen pflücken kann.

Justiz Eck.

Sprüche der Ruchheit.

Das Karussell wurde auf dem Marktplatz aufgeschlagen und unser Häschen siebte in der Erwartung: des Sonntags, an dem es dem Publikum der Kleinen Freude machen sollte.

Sonntagmorgen. Dider Regen.
„Rutti“, jammerte Häschen, „der liebe Gott weiß nicht einmal, daß heute das Karussell fährt!“

„Vater“, sagte das brave Kind, „wenn ich einmal ganz tot bin, so leg mir doch einen Stof in meinen Sarg.“

Der Vater grübelte: „Aber wenn man tot ist, so braucht man doch keinen Stof.“

„Doch, Vater“, sagte das brave Kind, „für die Engelsen zum Verwischen.“

Klein Annerl hatte Schläge verdient, und die Exekution stand bevor.

Mütter kann man erweichen. Kinder können so prachtvoll bitten! Und prachtvoll können Kinder drohen.

Klein Annerl wechselte von der Bitte zur Drohung: „Wenn du mich schlägst, schrei ich so laut, daß die Leute denken, bei uns wird schwarzgeschlagen.“

Freigebn ist keine Fierde des Kinderheims. Sein Charakterbild zeigt trübe Flecken: er ist das tuppigste Raubheer unter der kleinen Schar.

Als er gestern Weintrauben aß und die kleinen Mädchen zum Weinen brachte, traten die Tanten des Kinderheims zum Gerichtshof zusammen. Urteil: häusliche Verwahrlosung.

„Hat denn deine Mutter keinen Stof?“ fragte eine der Tanten erzürnt.

„Ne“, gab Freigebn zurück, „aber wenn du nen Ausklopper willst, den kann ich ihr klauen.“

Es ist bekannt, daß die Seele des Kindes am besten durch Strafbewheiten geläutert wird.

Bei Freigebn setzte — bösen Lehrer-Tuzens halber — die Kur mit der fünfzigmaligen Abschrift eines Monumentalgesetzes ein: ich soll zu meinem Lehrer Sie sagen!

Der Vater, der die Hausarbeiten seines Sprößlings gewissenhaft überwaht — auch der Vater ist erbozt über die Drogenfische.

Er will auch seinerseits einbläuen wirken: er besteht auf dem Strafzusage von weiteren fünfzig gleichlautenden Sätzen.

Und erkannt steht der Lehrer die Doppelbuche.

Und Freigebn sagt frohlockend: „Gel, da schau!“

Mein kleiner Nefse in Berlin kam unlängst aus der Schule und berichtete, der Kultusminister habe die Entfernung aller monarchischen Bildnisse aus den Schulräumen verfügt.

„Aber Hindenburg und die anderen großen deutschen Männer?“ fragten wir gespannt.

„Die läßt er hängen“, beruhigte uns Freigebn.

Ich konnte gestern ins Spielzimmer meiner beiden kleinen Mädchen und sehe die älteste mit aufgeschleppten Höschen herumtoben. Die rosigen kleinen vier Buchstaben schauen vernünftig in die Welt, und ich sage: „Na, Elisabeth, willst du denn das Höschen gar nicht wieder zumachen?“

Boraußin Elisabeth antwortet: „Nein, Rutti, das muß! Wir spielen doch Braut, und die Klappe ist die Schleppe!“

Der Vater hat seinen zwölfjährigen Sohn dabei ertwischt, wie dieser heimlich eine Zigarette rauchte. Seine strenge Strafpredigt beschloß der Vater mit den Worten:

„Ich war schon bedeutend älter als du und hätte es noch nicht gewagt, eine Zigarette in den Mund zu nehmen. Sieh mich nicht so erlaucht an. Das wirst du deinem Vater ein bißchen sagen können.“

„Sagen werde ich schon können“, meinte der Junge, „aber ob ich so gut wie du dabei das Rad werde verbeugen können.“

Neuigkeiten.

Der französische Präsidentschaftswahl.

Paris, 18. Febr. Heute nachmittags hat sich mit der üblichen Feierlichkeit und dem üblichen Truppenaufgebot der Wechsel im Elysee vollzogen: Paul Deschanel ist eingezogen, Raymond Poincaré hat das Haus verlassen, in das er am 18. Februar 1913 einzog. Umgeben von den Präsidenten des Senats und der Kammer und sämtlichen Ministern hat er seinen Nachfolger in der Elyseestadt empfangen. Er selbst ist von Poincaré, dem Kommerzienpräsidenten von Millard abgeholt worden, nach dem Elysee begleitet worden. Während der neuen Präsidentschaft nur wenige Worte sprach und das Vertrauen und die Sympathie der gesetzgebenden Versammlung erbat, hat der jetzt Senator gewordene, abgegangene Präsident Poincaré eine längere Rede gehalten. Er hat sich wiederum mit dem Krieg beschäftigt und besonders betont, daß die Verfassung der dritten Republik den Vorrang gehabt habe, dem Feind zu bestehen, und erklärt, zu Poincaré Deschanel gewandt: „Während der sieben Jahre Amtsperiode werden Sie ohne Unterbrechung die Ausführung des Friedensvertrags zu verfolgen haben, dessen Verpflichtungen Deutschland nur zu sehr geneigt scheint, sich zu entziehen. Sie werden die Stetigkeit unserer Außenpolitik sicherstellen haben, unsere Allianzen zu pflegen, die der Völkerverständigung, um aus dem Frieden, der heute nur eine Hoffnung und ein Name, eine eingeordnete und unzerstörbare Tatsache zu machen.“ Er hat, nachdem diese Feierlichkeit, während der die Annonen des Elysees abgefeuert wurden, beendet war, gab sich der neue Präsident mit seinem Vorgänger im Auto nach dem Stadthaus, wo ein feierlicher Empfang in Anwesenheit der beiden ehemaligen Präsidenten Laubar und Fallieres stattfand. Das Ministerium Millerand bleibt im Amt.

Paris, 18. Febr. Im Kongress der französischen Sozialistischen Partei, der demnächst in Strasbourg abgehalten wird, werden die Inhaber von 160 Mandaten die Wiederherstellung der Internationalen verlangen. Unter diesen sind 820 für die Moskauer, 170 für die 2. Internationale.

Wien.

Washington, 17. Febr. Wilsons Memorandum hat den Verbändemächten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise die Zurückziehung des Versailler Vertrags aus dem Senat erwägen möchten, wenn die Verbändemächte bei der Verfolgung ihrer Pläne weiterhin ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten handeln.

Tripoli.

Bern, 18. Febr. Wie die Genfer Blätter melden beabsichtigt die Türkei, Wazedonien an Griechenland abzutreten unter der Bedingung, daß Smyrna bei der Türkei verbleibt. Einverleibung soll im Grundgesetz mit diesem Vorschlag verstanden sein.

In Italien die Rationierung wiederhergestellt.

Mailand, 17. Febr. Nach dem „Avanti“ hat sich der Ministerrat am Montag mit der Ernährungsfrage befaßt und beschlossen, die im Krieg eingeführte Rationierung wieder herzustellen. Es werden deshalb für die notwendigen Lebensmittel wie Brot, Leinwand, Reis und Öl, außerdem für Kohlen in ganz Italien wieder Karten ausgegeben werden.

Eingefandt.

Wie kann ich mich selbst in der Welt zurechtfinden? Ich bin ein ganz gewöhnlicher Mensch, der in der Welt zurechtfinden möchte.

Nürnberg, 16. Febr. 1920.

Auf die Nachricht unter Nüßern in Nr. 38 dieser Zeitung müssen wir Lehrer erwidern, daß die erwähnte Holzversteigerung schon am 17. November 1919 war. Es ist dies ein Wäldchen gewesen (denn Wald hat die Gemeinde nicht), in dem nur Knüppelholz gefällt werden konnte. Legiertes in den Schulhöfen zu verbrennen, wäre unsinnig gewesen, weil in den großen, nicht regulierbaren Öfen in ein paar Tagen 1 Klotter von diesem Holz verbrannt gewesen wäre und gleichzeitig aber viele Leute im Ort kein Brennmaterial gehabt hätten. Zur Zeit der Holzversteigerung (17. November) waren in der Schule noch Kohlen, denn erst am 22. Januar mußte der Unterricht ausgesetzt werden. Zur Zeit der Holzversteigerung konnte man also noch nicht wissen, daß bis 22. Januar noch keine Kohlen da seien, denn die Kohlen, die im Dezember und Januar eintreffen sollten, wurden jedesmal beschlagnahmt, so daß die Lehrer keine Kohlen und so erst am 12. Februar Kohlen eintrafen. Die Gemeinde trifft also keine Schuld, wenn der Unterricht ausgesetzt werden mußte.

Dah also die Holzversteigerung nicht stattfand, um uns Lehrern eine Zulage auszahlen zu können, ist klar ersichtlich, da die Holzversteigerung am 17. November war, das Gehalt um Zulagen aber erst am 28. Dezember eingereicht wurde und am 9. Januar 1920 zur Verhandlung kam. Der gerechte Sinn der hiesigen Gemeinde ließ nicht zu, daß das Gehalt abgelehnt wurde, vielmehr wurde die Forderung von je 600 M. einstimmig ohne jegliche Debatte bewilligt.

Weißel, 17. Februar.

Ein Ort wie der unsrige, in dem meistens Landwirte sind, ist nicht einmal in der Lage, für die paar Arbeiter im Dorfe jede Woche pro Kopf 50 Gramm Butter aufzubringen. Wir erhalten meist 25, manchmal auch 30 Gramm. Dabei geht jeden Tag Butter und Milch in größeren Mengen nach außerhalb. Ebenso geht es mit den Brotzusatzmarken für Schmelzarbeiter. Es gibt einfach keine. Kommt man an die Ausgabestelle für Brotmarken, so erhält man die Antwort: „Von St. Goarshausen kommen keine, trotz dem ich schon wiederholt angefragt habe.“ Offenlich genügen diese Zeiten, um Abhilfe zu schaffen.

Einer für Viele.

Hauptkassierer: Otto Richard Wanning. Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Otto Richard Wanning. Für den lokalen und vermischten Teil: Karl Schmidt, für den Kurieren und Anzeigen: H. Kausch, sämtlich Oberlahnstein. Druck und Verlag der Buchdruckerei Fr. Schidel, Jah. St. Kehr Oberlahnstein.

